

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

ZWEIERLEI REFORMPOLITIK

oder: VDS, letzter Akt

2. Dez. 1969

Vor einem halben Jahr hatte der SDS den halbstaatlichen Dachverband VDS übernommen, Mitte November hat er ihn demonstrativ verlassen. Die etablierte Presse hat in Verein mit scheinheiligen als auch gutwilligen Reformern als die SPD und ADP diese Entwicklung fast ohne Ausnahme als bloßen Skandal oder in Form blöder Gerüchte dargestellt. Wir antworten darauf nochmals mit einer Kritik an zwei Varianten studentischer Reformpolitik:

Zuerst fällt es auf, daß der VDS, der doch die Interessen der Studenten vertreten will, den meisten überhaupt nur dem Namen nach bekannt ist. Faktisch ist er verstrickt in den Bonner Regierungsapparat, sozusagen ein kleines Stück Staat und ohne praktische Beziehung zu den studentischen Massen: Institutionen wie der VDS sind dort, wo die Massen nicht sind. Als eine solche Institution mit parlamentarischem und bürokratischem Aufbau steht der Dachverband vor einer peinlichen Alternative; entweder er betreibt eine staatsfromme Studenten-Lobby bei der Ministerialbürokratie oder er fordert lautstark und erfolglos alle möglichen Reformen.

Der SDS hat den Verband übernommen, nachdem dessen liberale Reformpolitik gescheitert war. Wir haben ihn deshalb als ein Hilfsmittel zur materiellen Unterstützung der anti-autoritären und sozialistischen Bewegung benutzen wollen. Die Reaktion folgte sofort:

- die Bundesregierung stoppte alle Gelder und forderte aus alten Jahren hohe Summen zurück,
- Rektoren wie Konterstrategie Plegg sperrten die Mitgliedsbeiträge der einzelnen ASTEN, während in anderen Bundesländern die ASTEN staatlich liquidiert wurden,
- sozialdemokratische und liberalistische ASTEN zahlten nicht und führten stattdessen kostspielige Prozesse gegen den Vorstand, um ihre politische Richtung zu erzwingen;
- die Presse schließlich feierte es als Skandal, daß die röstlichen Mittel für revolutionäre Gruppen und Projekte verwandt würde, bzw. setzte Klatsch und Gerüchte in die Welt.

Wir haben aus dieser Reaktion gelernt, daß ein einzelner Teil des etablierten Institutionensystems nicht einfach aus ihm herausgebrochen werden kann, diese Institution ist gemacht, um die herrschenden Interessen, die dann den Studenten als ihre Interessen aufgeschwatzt werden, unpolitisch zu verwalten.

Aber es geht jetzt nicht mehr um den unwichtigen Dachverband, sondern um die politischen Richtungen studentischer Interessenvertretung und Reformpolitik, nämlich einerseits die Koalition von SPD/KP in SBH und andererseits die Reformtaktik der ADP (alias CDU & Co.) im falschen Gewande fortschrittlicher Sachpolitik. Beide Richtungen müssen vor den Hintergrund des Bonner Regierungswechsels kritisiert werden. Denn die herrschende Fraktion des autoritären Staates ist dringend darauf angewiesen, Kritik und Protest der Studentenrevolte ihrer technologischen Modernisierungspolitik im längerfristigen Interesse des Kapitals als Ganzem zunutze zu machen. Das heißt, das politische Engagement zumal der kritischen Studenten muß auf Reformforderungen reduziert, der revolutionäre Anspruch dagegen als illusionär und utopisch denunziert werden. Die Herren haben Angst, nicht vor einem plötzlichen Bürgerkrieg, sondern davor, die Studenten wie die Arbeiter könnten die Ideologie studentischer und gewerk-

schaftlicher "Interessen" endgültig durchschauen und sich an die Geschichte revolutionärer Bewegungen erinnern.

Dieses Bewußtsein und seine praktischen Folgen zu verhindern, ist objektiv die Aufgabe der SHB, ADS & Co. Läßt sich aber die reaktionäre Absicht des ADS noch leicht entlarven, nämlich am braven Eingeständnis staatsloyaler Ziele, so ist die Kritik am SHB differenzierter zu führen; denn in den Parolen hat er sich der anti-autoritären Propaganda fast mimetisch angeglichen. Heute kommt heraus, was an unbewußten Kompromissen schon lange in die Protestbewegung eingegangen war. Deshalb läßt sich auch die sozialdemokratische Reformpolitik oberflächlich mit dem revolutionären Vokabular verbinden. Der SHB kann von Emanzipation reden und von "Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung" (SHB - Bundesdelegiertentreffen) - und steht doch als Verband auf dem Boden der Notstandverfassung. Seine Strategie ist der Weg der kritisch friedlichen Koexistenz mit der Staatsgewalt, seine Taktik ist der Appell an ständisches Interessenbewußtsein und an eine fragwürdige Vernunft (als Gegner einer fiktiven ästhetisierten Verweigerungsutopie, die dem SDS untergeschoben wird). Umso interessanter, daß der heruntergekommene Leninismus der DKP harmonisch mit dieser Richtung zusammenklingt.

Gerade im Wahlkampf ums Studentenparlament muß auf die Bedeutung dieser Kritik besonderes Gewicht gelegt werden, weil das parlamentarische Sandkastenspiel, das zur Anpassung an formale Regeln etabliert wurde, den Schein produziert, als ginge es im Ernst um die bessere oder schlechtere Vertretung studentischer Interessen. Das Gegenteil ist wahr:

"STUDENTISCHE INTERESSEN" SIND DIE THEORETISCHEN WIE PRAKTISCHEN AUFGABEN DER KRITISCHEN, ANTI - AUTORITÄREN UND REVOLUTIONÄREN INTELLIGENZ IM INTERNATIONALEN BEFREIUNGSKAMPF GEGEN IMPERIALE GEWALT, AUSBEUTUNG, KLASSENHERRSCHAFT UND TÄGLICHE ENTMÜNDIGUNG !!

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS